

In Honduras amtiert Präsident Juan Orlando Hernández, weil die USA seinen vermeintlichen Wahlsieg anerkannten und damit Fakten schufen. Zahlreiche weitere Staaten, unter ihnen die Bundesrepublik Deutschland, folgten. Die honduranische Menschenrechts- und Umweltaktivistin Miriam Miranda hat dafür kein Verständnis.

»In Honduras ist niemand in Sicherheit«

Die Aktivistin Miriam Miranda kritisiert das Fehlen funktionierender demokratischer Institutionen

Sie sind langjährige Koordinatorin von OFRANEH, einer Organisation afrikanischstämmiger Honduranerinnen und Honduraner an der Karibikküste des Landes. Was ist die Aufgabe der Organisation? OFRANEH ist eine Basisorganisation, die für den Erhalt der traditionellen Siedlungsgebiete des Volkes der Garífuna kämpft. Wir haben afro-indigene Wurzeln und siedeln seit mehr als 200 Jahren in Honduras.

Wodurch werden die traditionellen Siedlungsgebiete bedroht? Wir haben viele Gegner: Die extraktivistische Industrie ebenso wie den Drogenschmuggel und die Agroindustrie. Um beispielsweise immer mehr Palmölplantagen anzubauen, müssen Flüsse umgeleitet und ganze Dörfer umgesiedelt werden. So wird das Palmöl zur Bedrohung unseres Volkes. Auch touristische Großprojekte werden zur Bedrohung.

Warum?

Weil im Namen der sogenannten touristischen Entwicklung die Schutzzonen von Nationalparks und Naturschutzgebieten verkleinert werden, um alle möglichen Projekte umzusetzen. Es werden Gesetze verabschiedet, angeblich um die Entwicklung des Landes zu beschleunigen. Aber die Frage ist: Wer will überhaupt in einem so unsicheren Land wie Honduras investieren?

Honduras ist eines der gefährlichsten Länder weltweit für Umweltaktivistinnen und Umweltaktivisten. Wie können Sie sich bei Ihrer Arbeit schützen?

Die Interamerikanische Menschenrechtskommission hat den Staat Honduras verpflichtet, sich um meine Sicherheit zu kümmern. Wie wir das genau tun, kann ich aus Sicherheitsgründen natürlich nicht öffentlich sagen. Und in einem Land wie Honduras mit einer sehr hohen Gewalt- und Mordrate gibt es ein weiteres Problem für Aktivistinnen und Aktivisten. Denn wenn jemand von uns angegriffen wird, kann man immer behaupten, die Person sei eben Opfer der ganz normalen Kriminalität geworden. Wir müssen uns also selbst um unseren Schutz kümmern – und dabei hilft auch die internationale Solidarität und Begleitung. Als ich 2014 von einer Gruppe der organisierten Kriminalität entführt wurde, war es auch die internationale Aufmerksamkeit, die mein Überleben gesichert hat.

Leider hilft das nicht immer. Die bekannte honduranische Umweltaktivistin Berta Cáceres wurde im März 2016 ermordet – obwohl sie



Die Forderung nach Justicia (Gerechtigkeit) kommt in Honduras nicht nur von den Garífuna, erfüllt wird sie allzu selten.

Foto: AFP/Oriando Sierra

erst kurz zuvor den international renommierten Goldman-Preis für ihre Arbeit gewonnen hatte. Das stimmt. Im Fall von Berta Cáceres, mit der ich 25 Jahre eng zusammengearbeitet habe, hat die internationale Aufmerksamkeit nicht geholfen. Ein großes Problem von Honduras ist, dass es längst keine funktionierenden demokratischen Institutionen gibt – und deshalb ist niemand in Honduras in Sicherheit. Wichtig ist deshalb, dass wir als Kollektiv agieren, um uns so gegenseitig zu schützen. Alleine bin ich der Situation im Land schutzlos ausgeliefert, aber wenn wir uns miteinander verbinden, können wir auch in einem Land wie Honduras bestehen.

Viele Länder in Lateinamerika befinden sich derzeit in Aufruhr. In Bolivien beispielsweise hat das Militär Präsident Evo Morales zum Rückzug gezwungen. Ihm wird vorgeworfen, bei seiner Wiederwahl gegen die

Verfassung verstoßen und die Wahl gefälscht zu haben. Ähnliche Vorwürfe gab es gegen den honduranischen Präsidenten Juan Orlando Hernández bei seiner Wiederwahl im November 2017. Doch während Evo Morales nach Mexiko fliehen musste, ist der honduranische Präsident nach wie vor im Amt. Warum?

Das ist ein interessanter Fall. Honduras ist für die USA zu einer Art politischem Labor geworden. Präsident Orlando Hernández erfüllt den USA jeden Wunsch: Er hat versprochen, den Drogenschmuggel zu bekämpfen und hat wichtige Akteure des Drogenhandels an die USA ausgeliefert. Gleichzeitig aber ist der Bru-

der des Präsidenten selbst in den Drogenhandel verstrickt. Hier wird offenkundig mit zweierlei Maß gemessen, und das ist gefährlich, denn damit eine Demokratie funktionieren kann, braucht es ethische Mindeststandards.

Tony Hernández, der Bruder des honduranischen Präsidenten, wurde im Oktober von einem New Yorker Gericht schuldig gesprochen – er soll große Mengen Kokain geschmuggelt haben. Was bedeutet das für die honduranische Regierung?

Leider gar nichts. Die Show geht einfach weiter. Wir haben kaum regierungsunabhängige Medien, und deshalb ist der Prozess in den honduranischen Medien kaum vorgekommen. Hätten nicht einige internationale Journalisten über den Prozess berichtet, hätte in Honduras niemand etwas davon mitbekommen.



Miriam Miranda ist seit vielen Jahren eine der profiliertesten Menschenrechtsaktivistinnen in Honduras. Die 56-jährige leitet als Koordinatorin die Organización Fraternal Negra Hondureña (OFRANEH), eine Basis-Organisation des Volkes der Garífuna an der Karibikküste im Norden des Landes. Vor wenigen Tagen wurde sie in Berlin mit dem diesjährigen Menschenrechtspreis der Friedrich-Ebert-Stiftung ausgezeichnet. Mit ihr sprach für »nd« Martin Reischke.

Foto: AFP/Oriando Sierra

Verfassungsbruch unter den Augen der USA

Honduras Präsident Juan Orlando Hernández musste für Rechtsbeugung und Wahlbetrug keine Konsequenzen tragen

Die Präsidentschaftswahlen in Honduras 2017 waren durch eine unrechtmäßige Kandidatur und Unregelmäßigkeiten bei der Stimmenausschüttung gekennzeichnet. Der Präsident ist bis heute im Amt.

Von Martin Reischke

Honduras 2017 ähnelt teilweise Bolivien 2019. Als Boliviens Präsident Evo Morales Anfang November vom Militär zum Rücktritt gezwungen und nach Mexiko ausgeflogen wurde, wo er seitdem politisches Asyl genießt, waren sich viele westliche Regierungen schnell einig über die Deutung der Ereignisse: Als »Sieg der Demokratie« lobte US-Präsident Donald Trump Morales' Rückzug, die Bundesregierung begrüßte ihn als »wichtigen Schritt hin zu einer friedlichen Lösung.« Was war passiert? Die erneute Kandidatur des amtierenden bolivianischen Präsidenten Evo Morales bei den Wahlen am 20. Oktober war von Anfang an umstritten. Zwar hatte das Verfassungsgericht die Kandidatur erlaubt, die Verfassung selbst verbietet allerdings mehr als zwei auf-

einanderfolgende Amtszeiten für den Regierungschef – Morales war schon 2006 Präsident geworden.

Laut Bericht der Wahlbeobachter der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) war es nach der Wahl zu Unregelmäßigkeiten bei der Stimmenausschüttung gekommen – die OAS hatte daraufhin eine Annullierung der Wahl empfohlen. Obwohl Präsident Morales daraufhin selbst Neuwahlen ankündigte, musste er sich schließlich dem Druck des Militärs beugen, das ihn zum Rückzug zwang.

Manches erinnert stark an die Präsidentschaftswahlen im zentralamerikanischen Honduras vor zwei Jahren. Damals stellte sich Amtsinhaber Juan Orlando Hernández zur Wiederwahl, obwohl die Verfassung eine solche ausdrücklich verbietet. Doch genauso wie Morales hatte auch Hernández vorgesorgt: Ein mit Vertrauensleuten besetztes Verfassungsgericht machte auch für ihn den Weg frei für eine erneute Kandidatur. Als bei den ersten Hochrechnungen zur Überraschung aller Beobachter nicht Hernández, sondern der Oppositionskandidat Salvador Nasralla vorne

lag, wurde die Stimmenausschüttung aufgrund technischer Probleme unterbrochen. Als dann Stunden später aktuelle Ergebnisse präsentiert wurden, hatte sich das Blatt plötzlich gewendet: Nun war es plötzlich Amtsinhaber Hernández, der knapp in Führung lag. In Bolivien wuchs nach der Unterbrechung der Vorsprung von Morales von sieben auf die notwendigen mehr als zehn Prozent.

Auch in Honduras hatten Wahlbeobachter der OAS Zweifel an der Transparenz des Wahlprozesses geäußert, OAS-Generalsekretär Luis Almagro forderte daraufhin Neuwahlen. Doch die Forderung blieb unerfüllt – und Präsident Juan Orlando Hernández an der Macht, weil die USA Fakten schufen, indem sie seinen vermeintlichen Wahlsieg anerkannten. Zahlreiche weitere Staaten, unter ihnen die Bundesrepublik, folgten dem Beispiel der USA. Hunderttausende Honduraner*innen, die in den Wochen nach dem Umengang gegen den vermeintlichen Wahlbetrug auf die Straße gegangen waren, fühlten sich von der internationalen Gemeinschaft im Stich gelassen.

Seitdem hat das Regime von Juan Orlando Hernández die Zügel noch einmal angezogen: In den Wochen nach der Wahl gingen staatliche Sicherheitskräfte mit großer Brutalität gegen die Demonstrant*innen vor, Menschenrechtsorganisationen sprachen von mehr als 30 Toten. Viele Honduraner*innen gingen in den Monaten darauf nicht mehr auf die

»Allein von 2010 bis 2017 sind mehr als 120 Menschen ermordet worden, weil sie sich für die Umwelt eingesetzt hatten.«

Global Witness

Straße, weil sie Repressalien fürchteten. »Die honduranische Regierung stützt sich auf zwei Grundpfeiler«, sagt der honduranische Menschenrechtsaktivist Víctor Fernández. »Zum einen ist das die starke Militarisierung, zum anderen die Unterstüt-

zung des Landes durch die internationale Gemeinschaft.«

Juan Orlando Hernández ist international nach wie vor ein geachteter Staatsmann, auch wenn sich die Lage im Land in den vergangenen Jahren dramatisch verschlechtert hat. Vor zwei Jahren hatte die internationale Nichtregierungsorganisation »Global Witness« eine Studie veröffentlicht, die Honduras zum »gefährlichsten Land der Welt für Umweltaktivisten« erklärte. Laut Recherchen der Organisation waren allein von 2010 bis 2017 mehr als 120 Menschen ermordet worden, weil sie sich für die Umwelt eingesetzt hatten. Erst im Juli diesen Jahres war Niels Annen, SPD-Staatsminister im Auswärtigen Amt, im Land zu Besuch. »Er hat bei seinen Gesprächen mit der Regierung in Honduras auch die problematische Menschenrechtslage vor Ort angesprochen und dabei seine Besorgnis zum Ausdruck gebracht«, heißt es dazu aus dem Auswärtigen Amt in Berlin.

Konsequenzen hat das für die Regierung in Tegucigalpa bislang keine, denn vor allem für die USA ist die ak-

tuelle Situation sehr bequem. Aufgrund seiner innenpolitischen Schwäche ist Juan Orlando Hernández zu einem Präsidenten von Washingtons Gnaden geworden, der dem großen Nachbarn im Norden jeden Wunsch von den Lippen abliest, um an der Macht zu bleiben: Orlando Hernández unterstützt die USA bei der Bekämpfung der Migration aus Zentralamerika. Er hat hochrangige Drogenbarone ausgeliefert – und stellt den USA wichtige Militärbasen zur Verfügung. Dass es zahlreiche Hinweise gibt, dass Hernández selbst tief in den Drogen- und Korruptionssumpf verstrickt ist – sein eigener Bruder wurde erst im Oktober von einem US-Gericht schuldig gesprochen, weil er große Mengen Kokain geschmuggelt hatte – rückt dabei in den Hintergrund.

Das Beispiel Honduras zeigt, dass ein Verfassungsbruch und eine umstrittene Wahl nicht automatisch zu Rücktrittsforderungen von der internationalen Gemeinschaft führen. Manchmal hilft es eben auch, die richtigen Freundschaften zu pflegen und für die Wünsche Washingtons ein offenes Ohr zu haben.